

Gastkommentar

Homeoffice-Wunsch und Wirklichkeit

«Bin ich wirklich noch bereit, jeden Tag zwei Stunden aus dem Raum Zürich nach Liechtenstein und zurück zu pendeln?», sinnierte kürzlich ein Kollege während eines Mittagessens in Vaduz. Zehn Stunden Lebenszeit pro Woche hat er durch die Krise gewonnen. Anstatt morgens und abends im Pendlerstress den Blutdruck in die Höhe zu treiben, konnte er sich vermehrt beim Sport verausgaben, was der Gesundheit deutlich zuträglicher ist. Unabhängig vom Arbeitsweg waren die Erfahrungen mit Homeoffice während der Coronazeit positiv. Laut einer im Frühjahr durchgeführten Umfrage mit 1100 Teilnehmern des Forschungsinstituts GFS in Bern fühlten sich fast zwei Drittel der Beschäftigten produktiver und weniger gestresst als am Arbeitsplatz. Ausserdem teilten fast alle die Meinung, dass durch Homeoffice die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur reduziert werden könnte. Mehr als 80 Prozent der Umfrageteilnehmer gaben an, nach der Pandemie weiterhin zumindest teilweise im Homeoffice arbeiten zu wollen.

Homeoffice klappte besser als erwartet

In Liechtenstein sind die Erfahrungen ähnlich erfreulich. Zwei von drei Firmen resümieren, dass Homeoffice deutlich besser funktioniert als erwartet. Dies, obwohl viele der im März schlagartig ins Homeoffice beorderten Beschäftigten daheim wohl keine optimalen Arbeitsbedingungen vorfinden und oftmals noch Kinder zu betreuen beziehungsweise zu beschulen hatten. Vier von fünf der Unternehmen sind der Meinung, dass das Thema an Gewicht gewinnen wird. Das zeigt eine Umfrage von Zukunft.li, an der sich 125 Liechtensteiner Unternehmen beteiligt haben, die hierzulande insgesamt mehr als 14 000 Arbeitnehmende beschäftigen.

Europäisches Recht als Hemmschuh

Doch während in den Niederlanden sogar ein Recht auf Homeoffice im Gesetz verankert ist und

«Solche Trends sollten nicht durch regulatorische Hürden behindert werden.»

Doris Quaderer
Projektleiterin Stiftung Zukunft.li

in Deutschland derzeit über einen solchen Schritt diskutiert wird, beissen sich die Unternehmen in Liechtenstein an der rechtlichen Situation die Zähne aus. Einschränkend wirkt die europäische Verordnung über die soziale Sicherheit. Denn diese legt fest, dass Grenzgänger den Sozialversicherungen des Wohnsitzstaates unterstellt werden müssen, wenn sie in «wesentlichem Umfang» vom Wohnort aus arbeiten. Da 56 Prozent der Arbeitnehmer in Liechtenstein Grenzgänger sind, fällt diese Verordnung hierzulande besonders stark ins Gewicht. Bevor die Unternehmen, von den positiven Erfahrungen beflügelt, ihre Homeoffice-Regelungen in den Personalreglementen anpassen, lohnt es sich, die Lage genau zu prüfen.

EU-Bürger in der Schweiz? Vergiss Homeoffice

Konkret dürfen Grenzgänger aus Österreich und jene aus der Schweiz mit Schweizer Pass nur maximal 25 Prozent ihrer Arbeitszeit am Wohnort verbringen. Bei einer 100-Prozent-Anstellung ist also höchstens ein Tag Homeoffice pro Woche

möglich, sonst kippt die Sozialversicherungspflicht ins Wohnsitzland, mit entsprechenden administrativen und finanziellen Konsequenzen. Noch strikter sind die Regeln für Grenzgänger aus der Schweiz ohne Schweizer Pass und das sind immerhin fast 5000. Sie müssen anteilmässig den Sozialversicherungen beider Länder unterstellt werden, wenn sie im Homeoffice tätig sind. Hier gibt es keine Schwelle: Checkt also ein in der Schweiz wohnhafter und in Liechtenstein beschäftigter Deutscher gelegentlich daheim seine beruflichen E-Mails, dann hat das bereits Konsequenzen.

Zukunftsfähiger Werkplatz braucht zeitgemässe Regelungen

Für liechtensteinische Unternehmen, die stark auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind, ist Homeoffice eine rechtliche Gratwanderung. Mit einer Publikation, die nach der Sommerpause erscheinen wird, will die Stiftung Zukunft.li dieses Spannungsfeld beleuchten und prüfen, ob es Wege gibt, den Spielraum der Unternehmen zu vergrössern. Vielleicht hat Covid-19 nicht nur einen Digitalisierungsschub ausgelöst, sondern auch den politischen Willen reifen lassen, grenzüberschreitend nach neuen Lösungen zu suchen? Diese wären nötig, wenn Liechtenstein auch langfristig als zukunftsfähiger und attraktiver Arbeitsort wahrgenommen werden will. Die Krise hat der Wirtschaft kurzfristig eine Erfahrung aufgezwungen, die sie in einer sich veränderten Arbeitswelt mittelfristig ohnehin gemacht hätte. Solche Trends sollten nicht durch regulatorische Hürden behindert werden.



Doris Quaderer
Projektleiterin Stiftung Zukunft.li

Börsenkommentar

Sonniges Börsenwetter

Trotz exponentieller Zunahme der Ansteckungen mit Covid-19 in den USA steigen die Börsen munter weiter. Der S&P 500 notiert knapp 6% unter seinem Allzeithoch von Februar und damit rund 3% unter Ende 2019. Mit plus 22% in diesem Jahr hat der Nasdaq 100 gerade einen neuen Rekord aufgestellt. Doch die Börsenindizes steigen nicht nur in der grössten Volkswirtschaft und dem grössten Kapitalmarkt der Welt, sondern global, trotz steigender Fallzahlen überall ausser in China und Europa. Wie passt das zusammen? Die Kurse entwickeln sich in einem Spannungsfeld zwischen Konjunktur und Unternehmensbewertungen einerseits und Innovation und Geldpolitik andererseits. Letztere werden von den Börsen als die wichtigeren Faktoren eingeschätzt. Die Pandemie bremst den Innovationsschub nicht aus, der ohne Übertreibung als historischer Aufbruch in eine neue, durchdigitalisierte Welt angesehen werden kann. Und die Geldpolitik macht es schwer, gute Anlagen zu finden ausser in Anteilen an innovativen Unternehmen. Das spricht für weiterhin steigende Aktienkurse, aber auch für eine weiterhin kritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Unternehmen. Letzteres ist ein seit Januar 2018 ausgeprägtes Handlungsmuster. Tiefe Zinsen haben bis jetzt nicht dazu verleitet, mit der Giesskanne Geld über alle Aktien auszuschütten. Das wäre ein Zeichen sorgloser Euphorie. Man ist zwar bereit, stolze Preise zu zahlen, allerdings nur für Aktien ausgesprochen erfolgreicher Unternehmen – grosser und kleiner, soweit sie zu den Gewinnern des derzeitigen klassischen Schumpeter-Zyklus gehören. Der oft hergestellte Vergleich mit der spekulativen Blase von April 1998 bis März 2000, der als Repräsentationsheuristik in vielen Köpfen herumgeistert, ist völlig fehl am Platze. Man kann nicht nur, sondern sollte auch historische Daten heranziehen, um Perspektive zu gewinnen. Nur muss man die richtigen historischen Parallelen ziehen, und das erfordert mehr als nur eine Gegenüberstellung geläufiger Aktienindizes. Dabei darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass Börsen eine hochintensive öffentliche Kommunikationsveranstaltung sind, an der Millionen von Akteuren mehr oder weniger die gleichen Informationen unterschiedlich interpretieren. Der Katalysator, der die unterschiedlichen Interpretationen einermassen bündelt, sind die Kurse. Das macht es unerlässlich, nebst dem ökonomischen – und hier insbesondere dem monetären – Umfeld auch die vom Börsenhandel generierten Daten zu analysieren. Salopp gesagt, sind Ihre Handlungen meine Daten.



Alfons Cortes
Börsenexperte

Greenpeace-Aktivisten demonstrierten am Mittwoch in Zürich gegen die Finanzindustrie



Bild: Keystone